



Policy Brief | 02.2017

Love it, leave it or change it?

Junge Europäer in Mittel- und Osteuropa bekennen sich zur EU, sehen aber Notwendigkeit der Reformen

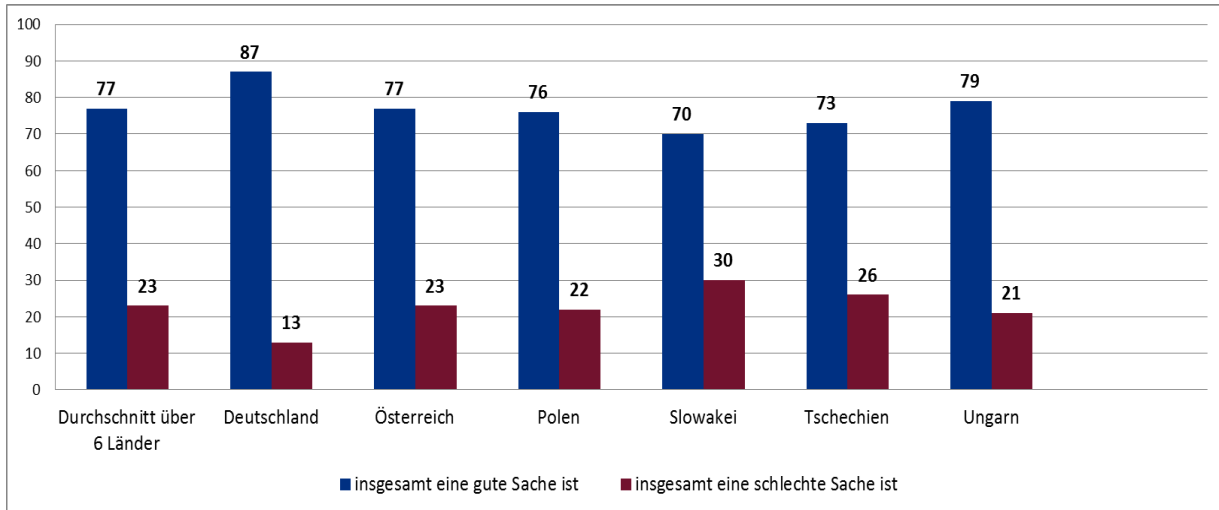
Brexit und Nachwehen der Finanzkrise, Flüchtlingskrise und erstarkende Nationalisten setzen der europäischen Einigung hart zu. Und doch gibt es in diesen Zeiten Europa-Fans: die junge Generation in Mittel- und Osteuropa steht ungebrochen zur EU, sieht aber die Notwendigkeit zur Reform.

Die Jugendlichen zwischen Berlin und Budapest, zwischen Warschau und Wien stellen der EU ein positives Zeugnis aus und schätzen Frieden und Freiheit am meisten an der EU. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage unter Jugendlichen zwischen 15 – 24 Jahren, die die Bertelsmann Stiftung und das Warschauer Institut für öffentliche Angelegenheiten (ISP) gemeinsam mit vier Partnern in Deutschland, Österreich und den sogenannten Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) durchgeführt hat.

Weit über drei Viertel der Befragten in allen Ländern (77 %) bewerten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als positiv. In Deutschland hat die EU die meisten jungen Fans: Weit über vier Fünftel (87 %) äußern sich positiv über die EU, das ist der höchste Wert im Ländervergleich. Aber auch junge Ungarn (79 %), Österreicher (77 %), Polen (76 %), Tschechen (73 %) und Slowaken (70 %) halten die EU-Mitgliedschaft ihres jeweiligen Landes für eine gute Sache, wobei die meisten jungen Skeptiker in der Slowakei leben (30 %).

Abbildung 1: Im Allgemeinen, glaubst du, dass die Mitgliedschaft deines Landes in der EU...? (in %) – In der Abbildung wurde die

Antwort „weiß nicht/schwer zu sagen“ nicht berücksichtigt; daher summieren sich die Werte dieser Abbildung nicht immer auf 100 %.

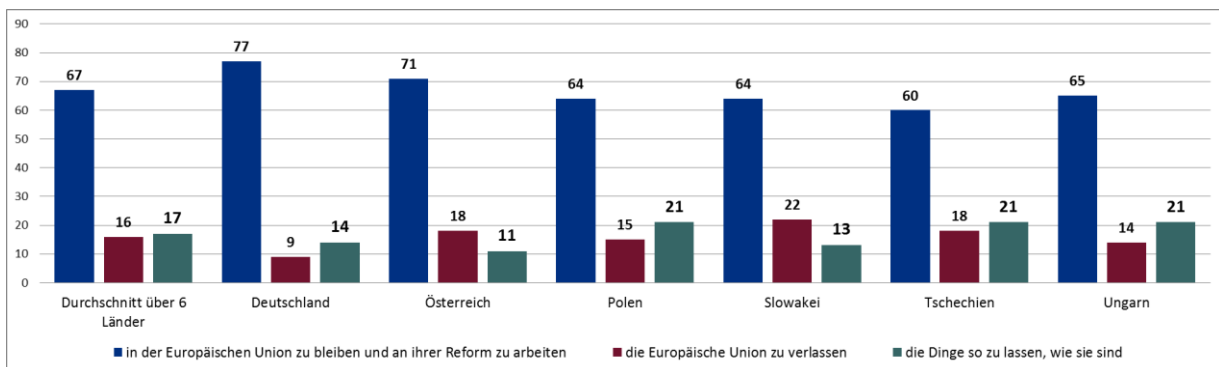


Die Mehrheit der jungen Menschen in allen sechs Staaten (77 %) hält den Verbleib ihres jeweiligen Heimatlandes in der EU, verbunden mit Arbeit an deren Reform, für die beste Option. Deutsche und Österreicher liegen hier mit 77 % bzw. 71 % an der

Spitze, aber auch die jungen Ungarn (65 %), Polen und Slowaken (64 %) und Tschechen (60 %) stehen klar hinter der europäischen Integration, wenngleich sie Bedarf für Reformen sehen.

Abbildung 2: Glaubst du, dass es das Beste für Dein Land wäre... (in %) – In der Abbildung wurde die Antwort „weiß

nicht/schwer zu sagen“ nicht berücksichtigt; daher summieren sich die Werte dieser Abbildung nicht immer auf 100 %.



Vorteile der EU-Mitgliedschaft

Als größten persönlichen Nutzen der EU-Mitgliedschaft betrachten die Jugendlichen den Frieden zwischen den Mitgliedern. Insgesamt steht er bei 78 % der Befragten an erster Stelle der Vorteile der Mitgliedschaft, an zweiter und dritter Stelle liegen die Möglichkeiten, in anderen Ländern der EU zu arbeiten und zu leben (66 %) bzw. zu studieren (62 %). Allerdings lohnt hier ein Blick in die Einzelergebnisse der Länder: Gemeinsame europäische Anstrengungen, den Klimawandel aufzuhalten und gemeinsame Umweltstandards zu entwickeln, stehen für junge Deutsche (70 %) und Ungarn (67 %) an zweiter, für junge Österreicher an dritter

Stelle (66 %), und für junge Polen haben sie einen eher geringen Stellenwert (48 %). Interessant erscheint auch, dass der Wegfall von Grenzkontrollen im Schengen-Raum an vorletzter Stelle der Vorteile steht. Das zeigt sehr deutlich, wie selbstverständlich bestimmte Aspekte der Integration für die Befragten geworden sind. Selbst wenn sie persönlichen Nutzen aus diesen Aspekten ziehen, schätzen sie deren Bedeutung nicht mehr richtig ein. Dabei spielt auch keine Rolle, ob ihr Land schon seit langem in der EU oder erst später beigetreten ist – die Polen und Ungarn antworten unterschiedlich gegenüber den Tschechen und Slowaken.

Abbildung 3: Wie wichtig sind dir persönlich die folgenden Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union? Die Abbildung

zeigt die Gesamtheit der Antworten „sehr wichtig“ und „wichtig“ – Durchschnitt über alle 6 Länder – (in %).

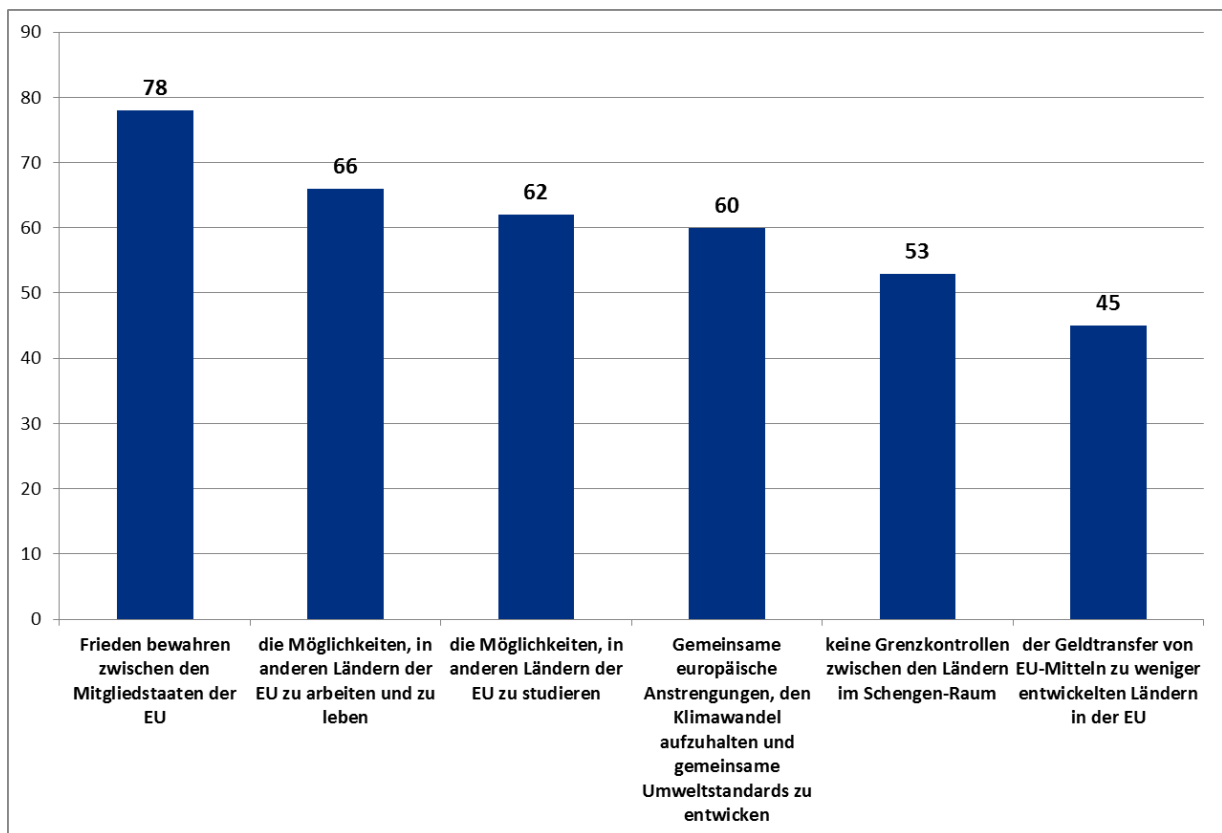
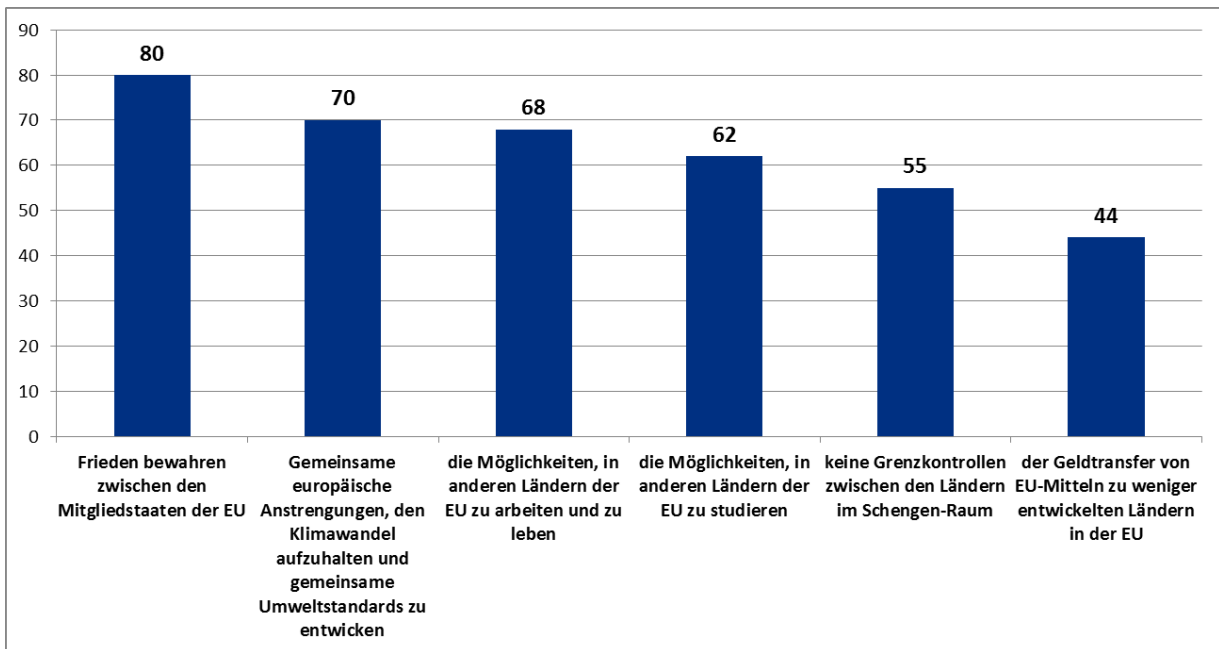


Abbildung 4: Wie wichtig sind dir persönlich die folgenden Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union? Die Abbildung zeigt die Gesamtheit der Antworten „sehr

wichtig“ und „wichtig“ – deutsche Befragte – (in %). Für die Einzelergebnisse aller Länder siehe Seite 11.



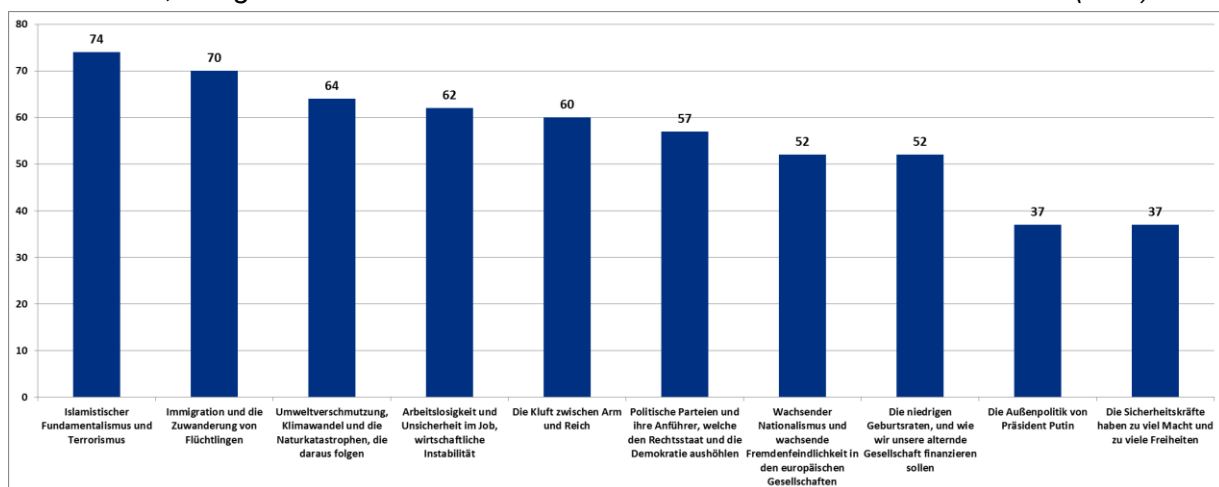
Probleme für die EU

Islamistischer Fundamentalismus und Terrorismus ist für eine deutliche Mehrheit der Befragten (74 %) das größte Problem für die EU. Bei den jungen Polen sind die Ängste vor islamistischem

Terrorismus (83 %) und Migration (79 %) im Vergleich am höchsten, wenngleich sich ihre Priorisierung lediglich in Prozentpunkten, nicht in der Sache, von der der drei anderen Visegrad-Staaten unterscheidet.

Abbildung 5: Die Europäische Union steht heute vor vielen Problemen. Bitte versuche zu bewerten, wie groß diese Probleme sind.

Die Abbildung zeigt die Gesamtheit der Antworten „sehr wichtig“ und „wichtig“ – Durchschnitt über alle 6 Länder – (in %).

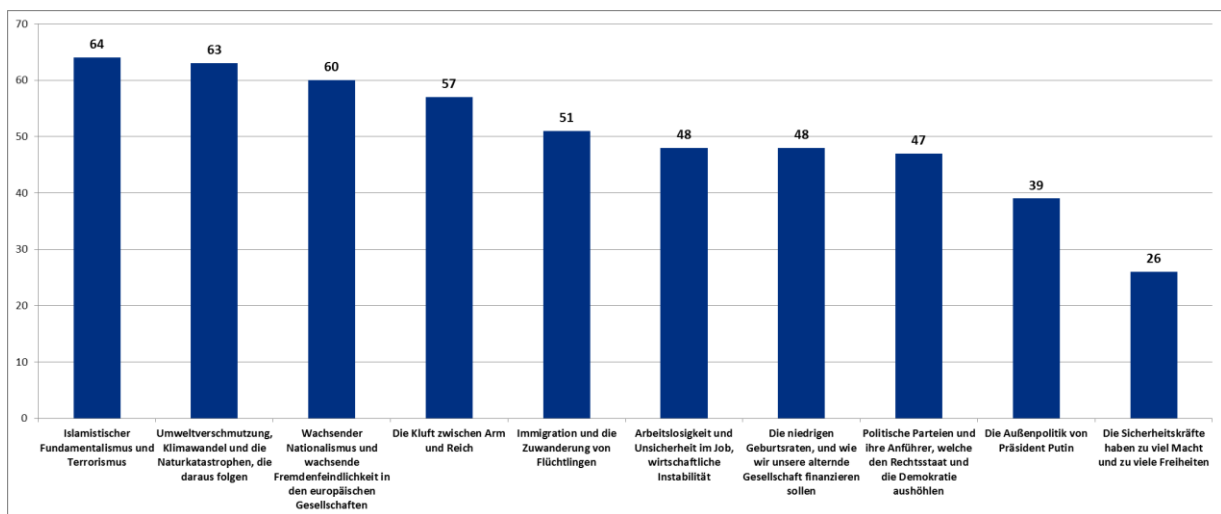


Auch junge Deutsche sehen Terrorismus als größte Bedrohung (64 %). Jedoch stellen für die deutschen Jugendlichen Umweltverschmutzung, Klimawandel und die damit verbundenen ökologischen Katastrophen (63 %) sowie wachsender Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in

europäischen Gesellschaften (60 %) fast ebenso große Probleme dar. Migration und Zuwanderung von Flüchtlingen stehen bei jungen Deutschen erst an fünfter Stelle. Ähnlich liegt der Fall bei jungen Österreichern.

Abbildung 6: Die Europäische Union steht heute vor vielen Problemen. Bitte versuche zu bewerten, wie groß diese Probleme sind. Die Abbildung zeigt die Gesamtheit der

Antworten „sehr wichtig“ und „wichtig“ – deutsche Befragte – (in %). Für die Einzelergebnisse aller Länder siehe Seite 11.



Für junge Slowaken steht die Problematik von islamistischem Fundamentalismus und Terrorismus zwar auch an erster Stelle, liegt aber mit 76 % prozentual gleichauf mit dem Problem von Arbeitslosigkeit, Unsicherheit im Job und wirtschaftlicher Instabilität. Mit nur einem Prozentpunkt Differenz folgen islamistischer Fundamentalismus und Terrorismus, und an vierter Stelle steht dann mit 69 % auch bei den Slowaken die Problematik von Klimawandel und Umweltverschmutzung.

Immigranten und Flüchtlinge

Junge Leute aus allen sechs Ländern waren sich einig, dass Migration und die Zuwanderung von Flüchtlingen eines der großen Probleme für die Europäische Union sei. In diesem Kontext ist auch zu

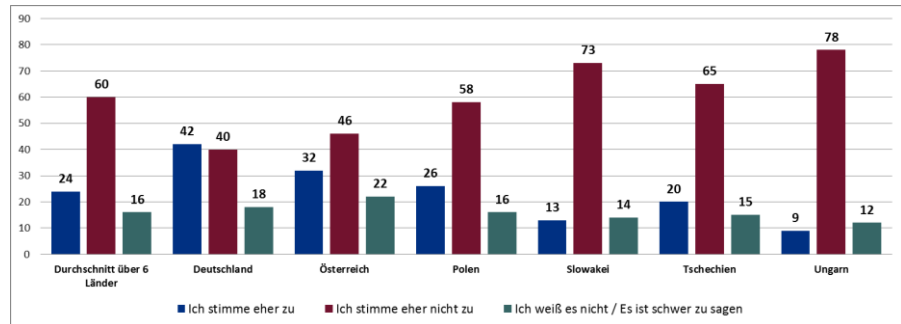
Interessant: Zwar liegen auch bei den jungen Ungarn Immigration und Zuwanderung von Flüchtlingen (77 %) und islamistischer Fundamentalismus und Terrorismus (76 %) auf den vorderen Plätzen. Doch ist es erwähnenswert, dass andere Probleme ihnen dicht auf dem Fuß folgen: Arbeitslosigkeit und Unsicherheit im Job stehen dicht dahinter an dritter Stelle (74 %), die Kluft zwischen Arm und Reich an vierter (71 %).

beobachten, dass junge Leute vor allem in den vier Visegrád-Ländern ein eher negatives Bild von Immigranten haben. Im Schnitt über alle Länder waren die Befragten mehrheitlich (60 %) nicht der Meinung, dass Immigranten zu wirtschaftlichem Wachstum

und allgemeinem Wohlstand des jeweiligen Heimatlandes der Befragten beitragen. Nur

knapp ein Viertel der Befragten (24 %) stimmten dieser Aussage zu.

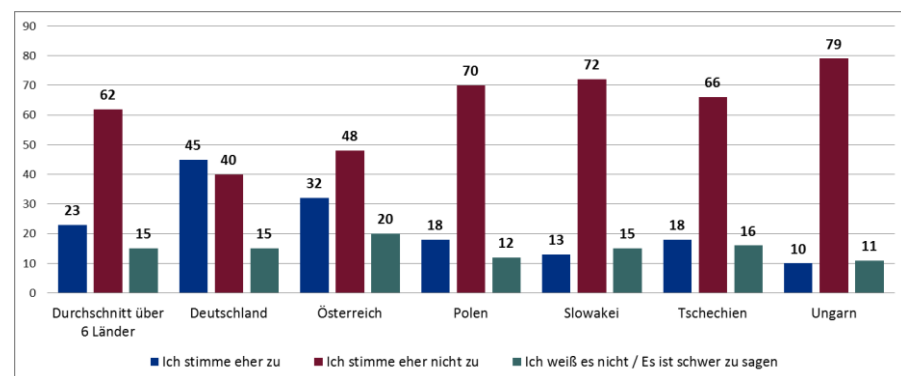
Abbildung 7:
Immigranten tragen zum wirtschaftlichen Wachstum deines Landes und allgemeinen Wohlstand bei (in %).



Während immerhin 45 % der jungen Deutschen und knapp ein Drittel der jungen Österreicher (32 %) zustimmten, dass Immigranten benötigt würden, um die demographische Entwicklung Deutschlands zu verbessern und das Rentensystem aufrechtzuerhalten (gegenüber 40 % der

jungen Deutschen bzw. 48 % der jungen Österreicher, die dem nicht zustimmten), ist die Wahrnehmung in den Visegrád-Staaten deutlich negativer: die Mehrheit der befragten Jugendlichen in jedem dieser Länder stimmt dieser Feststellung nicht zu.

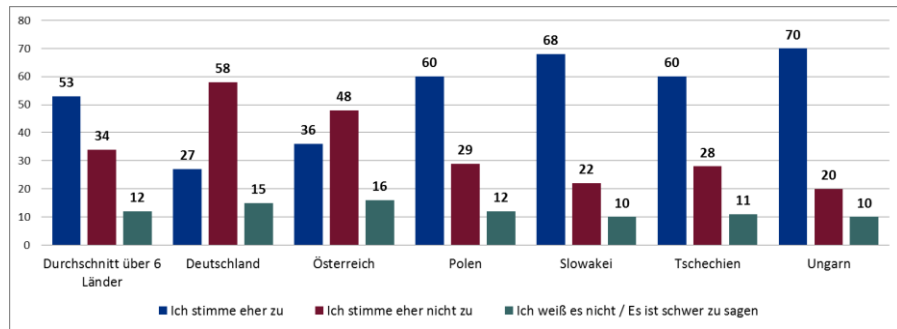
Abbildung 8:
Immigranten werden benötigt, um die demografische Entwicklung deines Landes zu verbessern und das Rentenpensionssystem aufrechtzuerhalten (in %).



Nicht mehr ganz so negativ, aber immer noch fern von positiv ist die Wahrnehmung einer Gefährdung der Sicherheit im Lande durch Immigranten. Die Mehrheit der jungen Deutschen (58 %) sieht in Immigranten keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Deutschland, bei den Österreichern sind es noch 48 % gegenüber gut einem Drittel (36 %), die eine solche Gefahr durchaus wahrnehmen. In Polen, Tschechien, der

Slowakei und Ungarn werden Immigranten von der Mehrheit als Gefahr für die öffentliche Sicherheit in ihren jeweiligen Ländern betrachtet (Polen und Tschechien: je 60 %, Slowakei: 68 %, Ungarn: 70 %), wobei allerdings in Polen und Tschechien noch mehr Jugendliche entgegengesetzter Meinung sind als in der Slowakei und Ungarn.

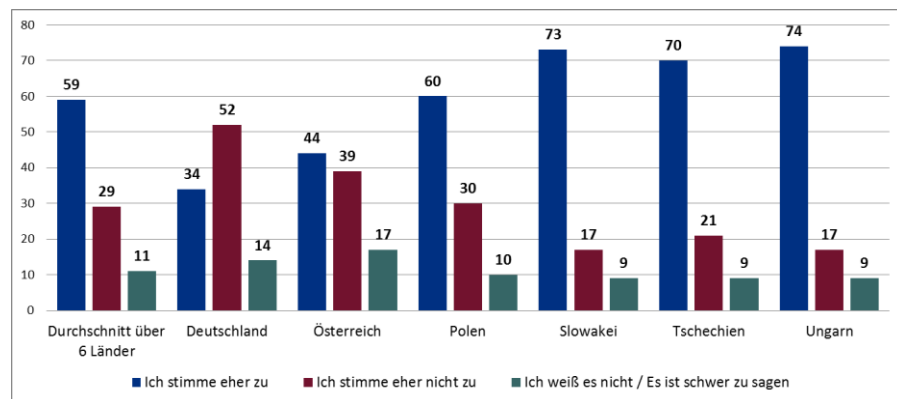
Abbildung 9:
Immigranten sind eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit deines Landes (in %).



Junge Deutsche sehen mehrheitlich (52 %) in Immigranten keine Belastung für das Sozialsystem ihres Landes, aber für immerhin ein Drittel (34 %) ist doch das Gegenteil der Fall. Junge Menschen in den fünf anderen Ländern sind weniger optimistisch: Ungarn (74 %),

Slowaken (73 %), Tschechen (70 %) und Polen (60 %) sehen mehrheitlich eine Belastung ihrer jeweiligen Sozialsysteme, und 44 % der jungen Österreicher stimmen ihnen zu (gegenüber 39 %, die keine Belastung sehen).

Abbildung 10:
Immigranten sind eine Last für das Sozialsystem Deines Landes (in %).



Schnell kann man hier von Fremdenfeindlichkeit sprechen, aber dies greift möglicherweise zu kurz: Tatsächlich sagt nur eine relativ knappe Mehrheit von 59 % über alle Länder, dass sie an Orten, die sie regelmäßig besuchen (Arbeit, Schule, Nachbarschaft) schon einmal Immigranten begegnet seien. Dabei liegen die jungen Deutschen mit 72 % deutlich am höchsten, gefolgt von den jungen

Polen (67 %), Österreichern (62 %), Tschechen (54 %), Ungarn (55 %) und Slowaken (42 %). Diejenigen jungen Deutschen, die Migranten begegnet sind, haben eine deutlich positivere Einstellung zu Migranten und glauben eher an ihre Vorteile für Deutschland als diejenigen, die meinen, sie haben in ihrer Umgebung noch keinen Migranten getroffen.

Aufnahme von Flüchtlingen

So ist denn wohl auch ein besorgnis-, wenn nicht geradezu furchterregendes Phänomen zu erklären: auf die Frage, ob ihr Land „in Übereinstimmung mit international vereinbarten Regeln und Standards,

Flüchtlingen aus militärischen Konflikten oder Opfern von politischer Unterdrückung Asyl und Schutz gewähren“ sollte, antworten nur junge Deutsche (73 %) und Österreicher (61 %) klar mit „Ja“. In allen vier Visegrád-Staaten ist sich die Gruppe der jungen

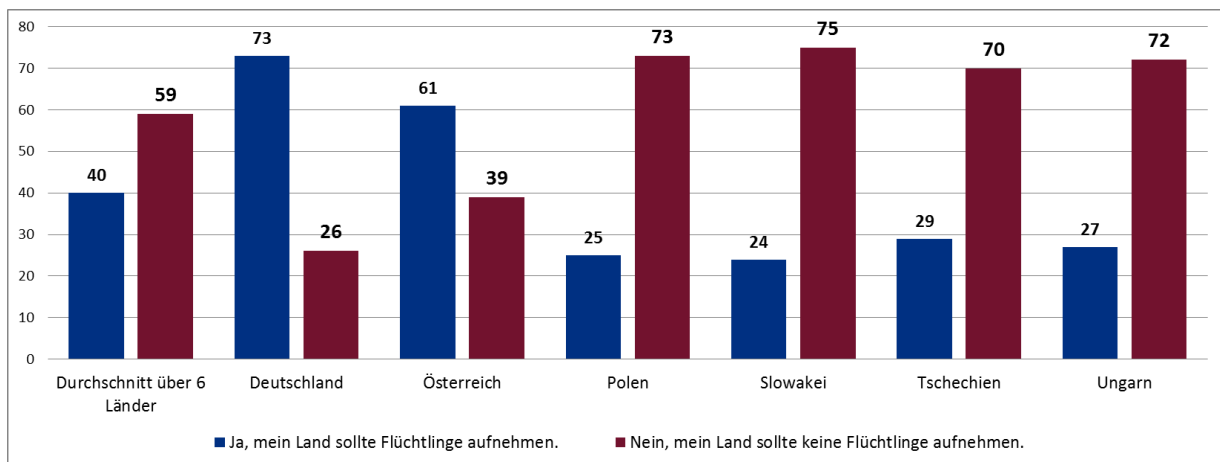
Befragten einig: Mit großen Mehrheiten sind sie – entgegen allen international vereinbarten Regeln und Standards – gegen die Aufnahme von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen (Slowakei: 75 %; Polen: 73 %; Ungarn: 72 %, Tschechen: 70 %).

Auch hier gilt: Diejenigen Deutschen, die schon einem Migranten begegnet sind, sind

öfter für die Aufnahme von Flüchtlingen als diejenigen, die meinen, sie haben in ihrer Umgebung noch keinen Migranten getroffen. Und diejenigen, die meinen, Deutschland solle Flüchtlinge aufnehmen, sind überzeugt, dass Immigration einen positiven Einfluss auf Deutschland habe, und sehen keine Gefahr für Deutschland.

Abbildung 11: Sollte dein Land in Übereinstimmung mit international vereinbarten Regeln und Standards, Flüchtlinge aus militärischen Konflikten oder Opfer von politischer Unterdrückung Asyl

und Schutz gewähren? (in %) – In der Abbildung wurde die Antwort „weiß nicht/schwer zu sagen“ nicht berücksichtigt; daher summieren sich die Werte dieser Abbildung nicht immer auf 100 %.



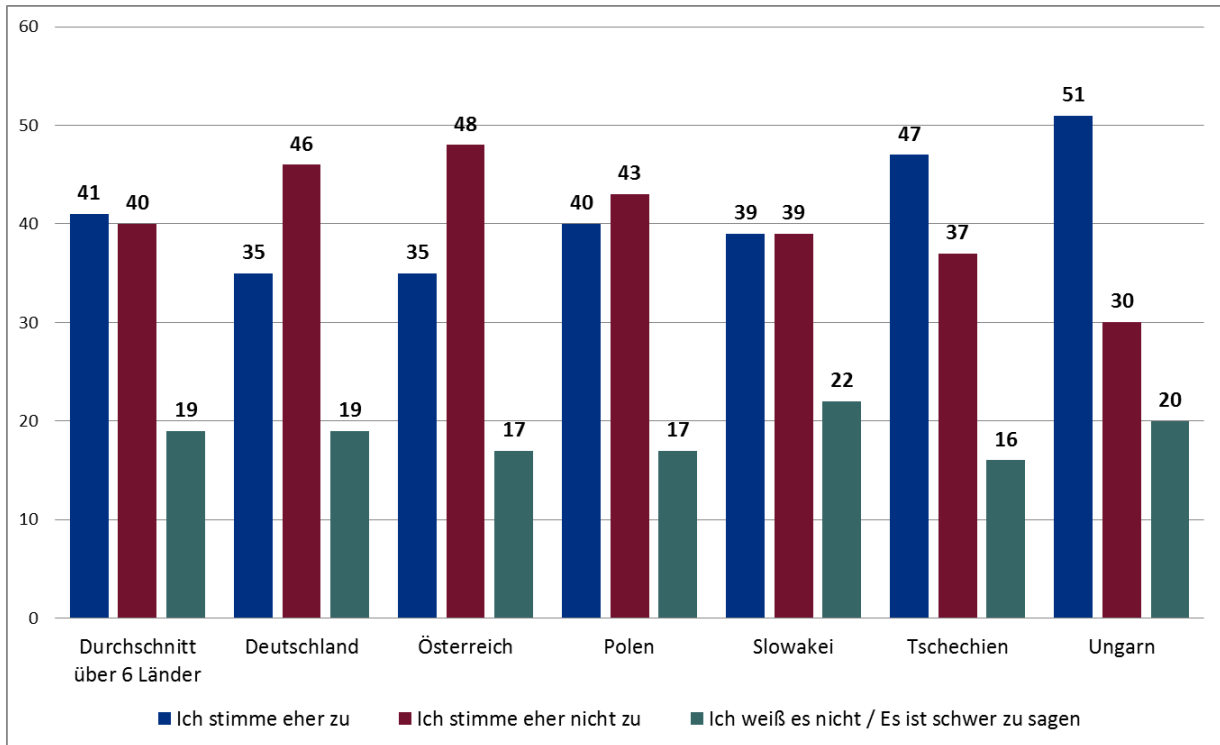
Menschen- und Bürgerrechte

Ebenso besorgniserregend: junge Menschen, diesmal in allen Ländern, sind sehr unschlüssig, wie relevant die Einhaltung allgemeiner Standards wie Menschen- und Bürgerrechte sind. „Manchmal sollten Menschen- und Bürgerrechte eingeschränkt werden, um die Gesellschaft besser vor Terrorismus und anderen Gefahren zu schützen.“ Nicht einmal die Hälfte der jungen Österreicher (48 %), Deutschen (46 %) und Polen (43 %)

verwehren sich gegen diese Aussage, wohingegen ihr in Österreich und Deutschland je gut ein Drittel (35 %), in Polen 40 % zustimmen. Sehr gemischte Gefühle zeigen auch die Slowaken, bei ihnen stimmen je 39 % dieser Aussage zu bzw. lehnen sie ab. Einverstanden mit der Aussage sind deutlich mehr Tschechen (47 %) und Ungarn (51 %) gegenüber denen ihrer Landsleute, die sie ablehnen (Tschechien: 37 %, Ungarn: 30 %).

Abbildung 12: Manchmal sollten Menschenrechte und Bürgerrechte eingeschränkt werden, um die Gesellschaft

besser vor Terrorismus und anderen Gefahren zu schützen (in %).

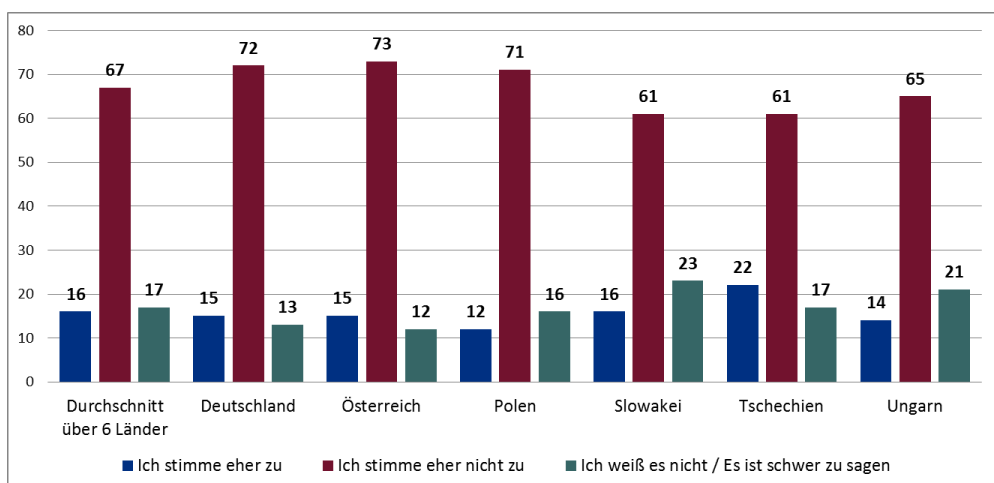


Wie wichtig ist Demokratie?

Ob eine Regierung demokratisch ist oder nicht, spielt für die Mehrheit aller Jugendlichen in den sechs Ländern durchaus eine Rolle. Junge Österreicher (73 %),

Deutsche (72 %) und Polen (71 %) sind allerdings deutlich überzeugter als ihre Altersgenossen in Ungarn, Tschechien und der Slowakei.

Abbildung 13: Es spielt keine Rolle, ob die Regierung demokratisch ist oder nicht (in %).



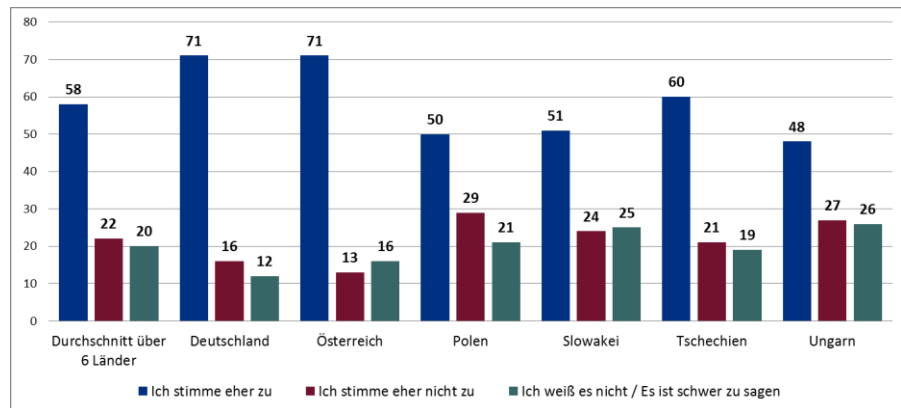
Zwar ist für gut die Hälfte der jungen Leute Demokratie das beste mögliche, politische System, aber die Unterschiede lassen doch

Sorge aufkommen: Junge Deutsche und Österreicher stimmen dieser Überzeugung mit deutlicher Mehrheit (je 71 %) zu.

Interessant ist, dass in beiden Ländern die Zahl derer, die nicht zustimmen, fast gleichauf liegt mit der Zahl derer, die diese Frage nicht klar zu beantworten wussten. Mit 60 % der jungen Stimmen zugunsten von Demokratie liegt Tschechien an zweiter Stelle. Nur knapp bzw. genau die Hälfte

(51 %) der Slowaken bzw. Polen, und 48 % der Ungarn halten Demokratie für das beste mögliche politische System, und auch bei ihnen halten sich die Zahlen derer, die das anders sehen, in etwa die Waage mit denen, die keine Antwort geben konnten oder wollten.

Abbildung 14:
Demokratie ist das beste mögliche politische System (in %).



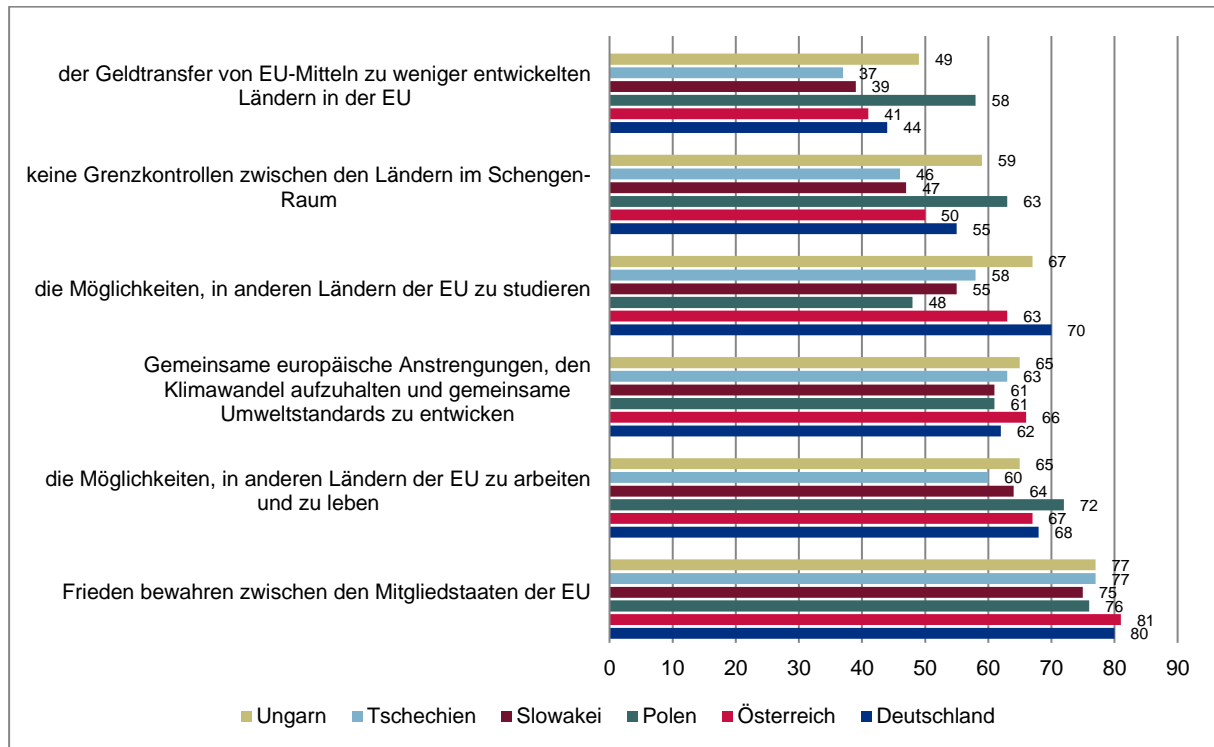
Fazit

Wahrscheinlich muss man dieses, wenn auch nicht ganz so überzeugende, Bekenntnis zur Demokratie heutzutage schon als positives Ergebnis betrachten. Tatsache ist, dass viele der Befragten wohl auch Schwierigkeiten hatten, die Bedeutung des demokratischen Systems zu beurteilen, denn der Anteil der Antworten „weiß nicht/schwer zu sagen“ ist verhältnismäßig hoch (12 – 26 %), während sich die Jugendlichen bei den Fragen zur europäischen Integration klarer positioniert haben. Das ist ein klares Zeichen, dass es in diesem Bereich bei den Bildungsmaßnahmen viel zu tun gibt.

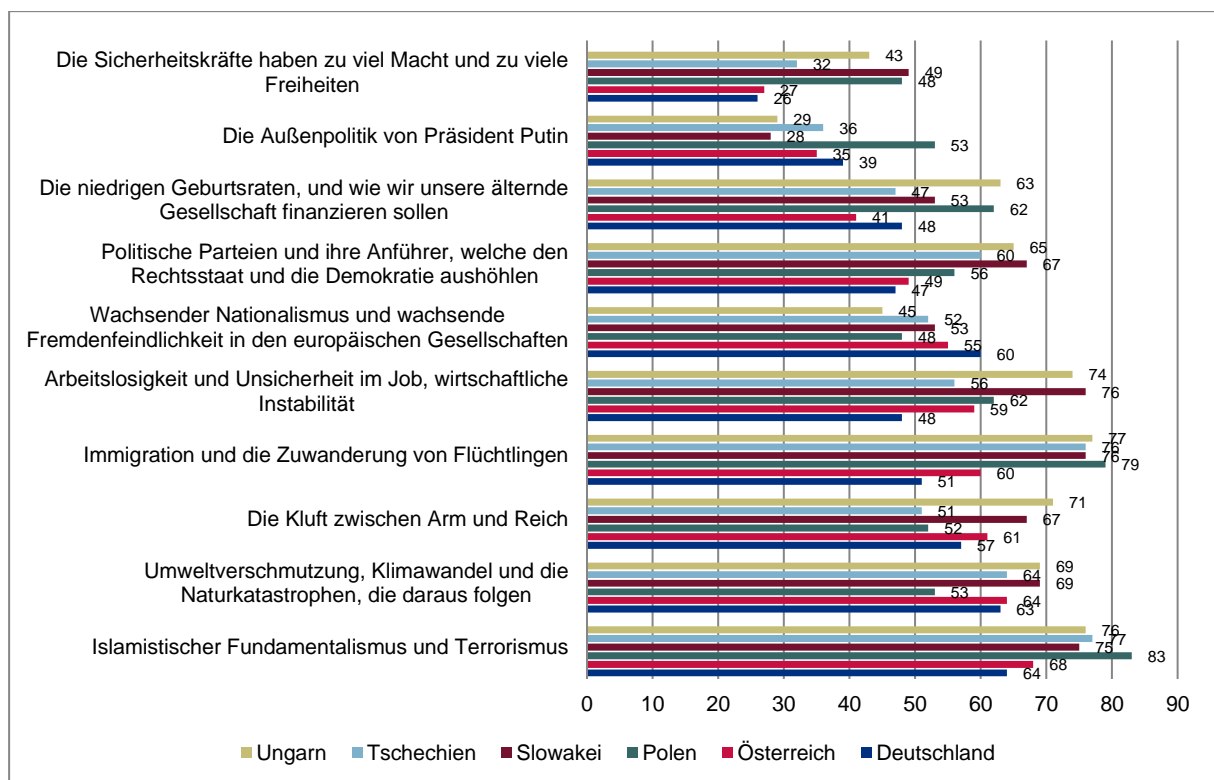
Und es lässt viel Spielraum für all jene, die mit jungen Menschen zu tun haben, sei es im familiären Umfeld, sei es als Lehrer oder Ausbilder, Demokratieverständnis herzustellen und eine positivere Wahrnehmung zu fördern.

Denn der Nährboden ist ja, so lässt vor allem das klare Votum für eine, wenn auch zu reformierende Europäische Union schließen, offenbar in allen sechs Ländern vorhanden. Und die Union erlebt sogar dort ungeahnten Zuspruch, wo es die politische Rhetorik der Regierungen nicht erwarten ließe.

zu Abbildung 4: Wie wichtig sind dir persönlich die folgenden Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union? Die Abbildungen zeigen die Gesamtheit der Antworten „sehr wichtig“ und „wichtig“ (in %).



zu Abbildung 6: Die Europäische Union steht heute vor vielen Problemen. Bitte versuche zu bewerten, wie groß diese Probleme sind. Die Abbildungen zeigen die Gesamtheit der Antworten „sehr wichtig“ und „wichtig“ (in %).



Zur Umfrage:

Die Online-Umfrage wurde im Zeitraum 30. Januar bis 13. Februar 2017 repräsentativ unter 3.000 jungen Leuten im Alter von 15 bis 24 Jahren in Deutschland, Österreich, Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und in Kooperation mit dem polnischen Institut für Öffentliche Angelegenheiten (IPA, Warschau) von Kantar Public durchgeführt (je Land 500 Befragte auf Basis einer auf Eurostat-Statistiken beruhenden Quotenrechnung).

Beteiligte Kooperationspartner in den übrigen Ländern sind renommierte Think Tanks: das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien; das IVO Institut für öffentliche Fragen, Bratislava; das STEM Institute, Prag, und Political Capital, Budapest.

Ein vollständiger Bericht mit individuell auf die nationalen Ergebnisse abgestimmten Handlungsempfehlungen für nationale Akteure der Europa-Jugendbildung, politische Entscheidungsträger und andere Interessierte in den sechs Ländern erscheint im Mai 2017.

Titelbild

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Adresse | Kontakt

Gabriele Schöler
Senior Project Manager
Programm "Europas Zukunft"
Bertelsmann Stiftung

Telefon +49 5241 81 81205

Mobil +49 172 5207 790

Fax +49 5241 81 681205

Gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Agnieszka Łada

Senior Analyst

Leiterin des Europa-Programms

Institute of Public Affairs

Telefon +48 22 556 42 88

Agnieszka.lada@isp.org.pl

www.isp.org.pl